



Wenn die AfD regiert ...

... wird der Freistaat wohlhabender, sicherer und lebenswerter!

Bild: Getty Images / Collage

Alljährlich steht die Debatte über den nächsten Landeshaushalt auf der Tagesordnung des Thüringer Landtags. Dabei wird jedes Mal wie in einem Brennglas deutlich, wofür die verschiedenen Parteien wirklich stehen und wofür sie Geld auszugeben bereit sind, getreu dem Spruch »Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik«. Die Politik, die die Fraktionen der rot-rot-grünen Minderheitsregierung dabei in Zahlen gießen, hat ihren Schwerpunkt in drei Bereichen: Sie fordern eine maximale Asyleinwanderung, eine üppige Förderung linker Vereine und eine skrupellose Klimapolitik ohne Rücksicht auf Wohlstandsverluste. Und die CDU? Spielt routiniert ihre Rolle als Stützpfiler der linken Minderheitsregierung. Darin ist sie seit Jahren geübt. Auch gegen

den aktuellen Landeshaushalt hat sie nicht mit Nein gestimmt, sondern sich enthalten. Linke Ideologieprojekte sind also auch im Jahr 2024 nur wegen der Christdemokraten möglich. Kürzungen bei der Polizei? Gelder für linke Vereine? Neue Asylunterkünfte in Thüringen? Die CDU macht's möglich!

Wie Politik zum Wohle der Thü-

Regierung Ramelow: Eine Kleptokratie, bei der die CDU Schmiere steht

ringer funktioniert, hat dagegen die AfD-Fraktion vorgemacht. In über 200 Anträgen zum Landeshaushalt hat sie aufgezeigt, wie man den Freistaat Thüringen zukunftssicher aufstellen

kann. Schwarz auf weiß wird deutlich, wie Thüringen aussähe, würde die AfD-Fraktion den Ministerpräsidenten stellen. Das Motto dabei ist: Thüringen und Thüringer zuerst! Die Forderungen reichen dabei von der Familienförderung über die Asylwende bis hin zur konsequenten Wiederbewaldung der Thüringer Wälder – eine sichere

und lebenswerte Heimat für alle Thüringer steht dabei im Mittelpunkt. Um Demokratie und Meinungsfreiheit zu schützen, wird bei der Finanzierung von politisch linken Vereinen und dem sogenannten Verfassungsschutz der Rotstift angesetzt.

Und so sollen Familien gefördert werden: Die AfD-Fraktion plant ein Kinderbegrüßungsgeld von 10.000 Euro. Frischgebackene Eltern sollen über fünf Jahre lang jeweils eine Gutschrift in Höhe von 2.000 Euro auf ihre Einkommensteuer erhalten. Jungen Familien bliebe durch die niedrigere Steuerlast mehr Geld zum Leben. Dabei ist das

Kinderbegrüßungsgeld Teil einer ganzen Reihe von Vorschlägen zur massiven steuerlichen Entlastung der Thüringer. Danach sollen etwa die Mehrwertsteuer gesenkt und diverse Klimaabgaben gänzlich abgeschafft werden. Die AfD-Fraktion sagt: Wer hart arbeitet, muss belohnt und nicht bestraft werden.

Dazu gehört auch, dass die Zumutung der Asylzuwanderung ein Ende findet. Sie belastet nicht nur den Staatshaushalt und damit die Steuerzahler, sondern auch den Wohnungsmarkt und die öffentliche Sicherheit im Freistaat. Die Lösung der Migrationskrise ist daher von herausragender Bedeutung. Deshalb wird es Zeit für eine groß angelegte Abschiebeoffensive, bei der auch dem Flughafen Erfurt-Weimar eine wichtige Rolle zukäme. Von hier aus werden die Abschiebeflieger abheben! So kann das geltende Recht umgesetzt werden und ausreisepflichtige Ausländer verlassen das Land. Gleichzeitig müssen sämtliche Aufnahmeprogramme beendet und die Grenzen geschlossen werden. So kann die Migrationskrise gelöst werden. Mit der AfD-Fraktion gibt es also: Wohlstand, Sicherheit, Freiheit und Lebensqualität!

Zeit für Remigration

Seit Jahren pfeifen es die Spatzen von den Dächern des Thüringer Landtags: Die große Mehrheit der Thüringer lehnt die anhaltende Masseneinwanderung ab. Aber dennoch tut die linke Minderheitsregierung – gestützt von der CDU – alles dafür, noch mehr Migranten in unsere Heimat zu holen. Die Folgen betreffen uns alle: Asylkostenexplosion, massive Kriminalitätszunahme und Wohnraumknappheit in den Städten sind nur einige der vielen Unzumutbarkeiten, denen sich diese Ausgabe des Blauen Muts widmet. Es ist gut, dass das Polit-Theater, welches die Kartellparteien mit ihren »Migrationsgipfeln« und »Arbeitskreisen« veranstalten, kaum noch ernst genommen wird. Wir werden hier Tatsachen schaffen: Asyl-Aufnahmeeinrichtungen schließen, Abschiebeoffensive starten und dann Grenzen dicht für illegale Migranten!



Kommentar von **Björn Höcke**





In Thüringen explodieren die Mietpreise. Jährliche Mietsteigerungen von jeweils 20 und 17 Prozent waren in den letzten beiden Jahren auf dem Wohnungsmarkt des Freistaats zu verzeichnen. Durch die steigenden Mietausgaben werden immer mehr Bürger an die finanzielle Belastungsgrenze gedrückt. Doch solange die herrschenden Parteien an ihrer Einwanderungs- und Klimapolitik festhalten, werden die Mieten weiter steigen. Hier erfahren Sie die Zusammenhänge!

Die seit Jahren anhaltende Masseneinwanderung erreichte letztes Jahr einen neuen Höhe-

punkt. 2023 reisten insgesamt 16.500 Flüchtlinge aus der Ukraine sowie dem afrikanischen und arabischen Raum nach Thüringen ein. All diese Menschen benötigen Wohnraum. Die Asylbewerber werden zunächst in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht, dann auf dem freien Wohnungsmarkt. Das bedeutet, dass die Konkurrenz um die ohnehin schon knappe »Resource« Wohnraum zunimmt, wodurch in der Folge die Mietpreise steigen. Hiervon sind insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen betroffen. Dieser Zusammenhang wird bis heute von den althergebrach-

ten Parteien geleugnet. Wer heute noch »Wir haben Platz« skandiert, erzählt schlicht die Unwahrheit. Im Gegenteil, wir haben keinen Platz. Dabei ist klar: Abschieben schafft Wohnraum! Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass Thüringer in ihrer Heimat zuverlässig Wohnraum finden. Eine Verfassungsänderung soll dafür sorgen, dass auf Wohnraumknappheit in bestimmten Gebieten mit gezielten politischen Maßnahmen reagiert werden kann.

Dass Wohnen immer teurer wird, merken alle Bürger, ob Mieter oder Eigentümer. Sie alle

sind betroffen von der skrupellosen Klimapolitik der etablierten Parteien. Neben ohnehin schon hohen Gaspreisen – die sich auch aus der hohen Energiesteuer und der CO₂-Bepreisung erklären – lassen auch weitere klimapolitisch begründete Maßnahmen die Wohnnebenkosten steigen. Insbesondere das von der Europäischen Union geforderte und von der Ampel-Regierung umgesetzte »Heizungsgesetz« bedeutet einen tiefen Griff in die Geldbeutel der Bürger. Jede neu eingebaute Heizung muss ab 2024 mindestens 65 Prozent ihrer Energie aus erneuerbaren Quellen beziehen.

Konventionelle Öl- und Gasheizungen erfüllen dieses Kriterium nicht. Für sie kommt die neue Vorschrift einem Verbot gleich. Sie sollen durch deutlich teurere »klimaneutrale« Heizsysteme ersetzt werden. Die Gesamtkosten belaufen sich für die »Wärmepumpenwende« auf bis zu 100.000 Euro und für weitere vorgeschriebene energetische Sanierungen auf bis zu 215.000 Euro pro Wohneinheit. Das trifft neben Eigentümern auch Mieter, denn die Sanierungskosten werden auf die Mieten umgelegt. Die AfD-Fraktion setzt sich für den Stopp des »Heizungsgesetzes« ein.

Neue Erstaufnahmeeinrichtungen

Die Asylunterkunft in der Nähe Ihres Wohnortes bereitet Ihnen Sorgen? Die AfD-Fraktion kommt vorbei! Anstehende Bürgerdialoge finden Sie hier: www.afd-thl.de/termine






Impressum

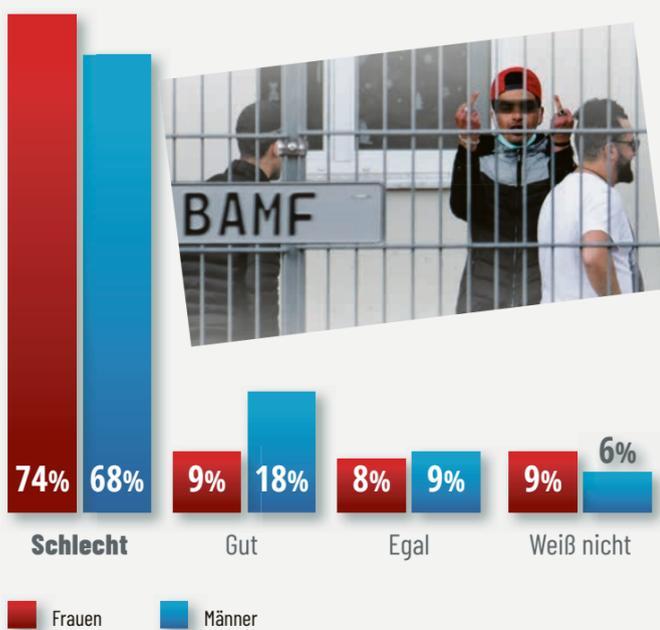
V.i.S.d.P.: Björn Höcke
 Bürgerinformation der
 AfD-Fraktion im
 Thüringer Landtag
 Jürgen-Fuchs-Straße 1
 99096 Erfurt

Auflage: 501.900 Stück

 @afd-thl
 www.afd-thl.de
 @afd-landtags-tv

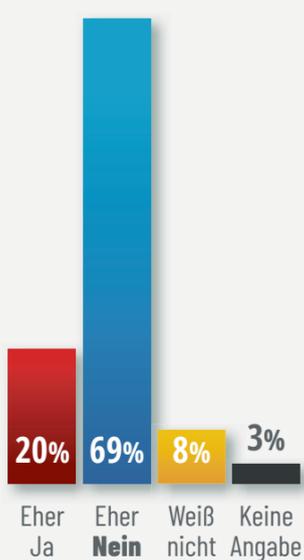



Wie würden Sie es bewerten, wenn eine (neue) Aufnahme-einrichtung für Asylbewerber an Ihrem Wohnort entstehen soll?



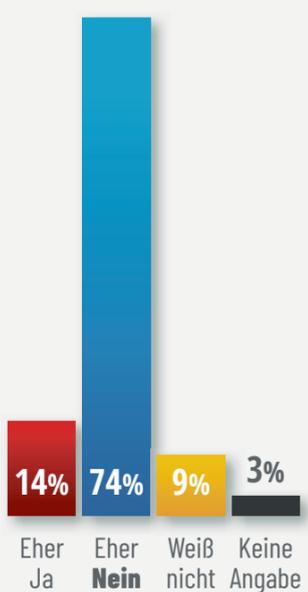
INSA-Consulere-Umfrage: 1.000 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren wurden befragt zwischen 30.10. – 7.11.2023. Summen über oder unter 100% sind rundungsbedingt.

Halten Sie die Forderung zur Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland für extremistisch?



INSA-Onlinebefragung im Auftrag der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag.

Halten Sie die Forderung nach Abschiebung ausreisepflichtiger Migranten für extremistisch?



INSA-Onlinebefragung im Auftrag der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag.

Scheinopposition CDU:

Brave Stütze der Linken

Seit über neun Jahren regiert Bodo Ramelow als Ministerpräsident den Freistaat Thüringen. In den letzten Jahren hat er dafür keine eigene Mehrheit im Thüringer Landtag. Deshalb muss er sich auf die CDU stützen. So sind die Christdemokraten der linken Minderheitsregierung über die Jahre ein verlässlicher Mehrheitsbeschaffer im Parlament

geworden. Bereitwillig unterstützen sie Ramelow dabei, den Freistaat auf »links« zu drehen. Ein vorläufiger Höhepunkt dieser indirekten Koalition ergab sich im Dezember 2023, als der lange geplante Termin zur Haushaltsdebatte im Landtag platzte. Statt den Weg des öffentlichen, transparenten und demokratischen Prozesses zu gehen, zogen CDU und Linkspartei sich in die

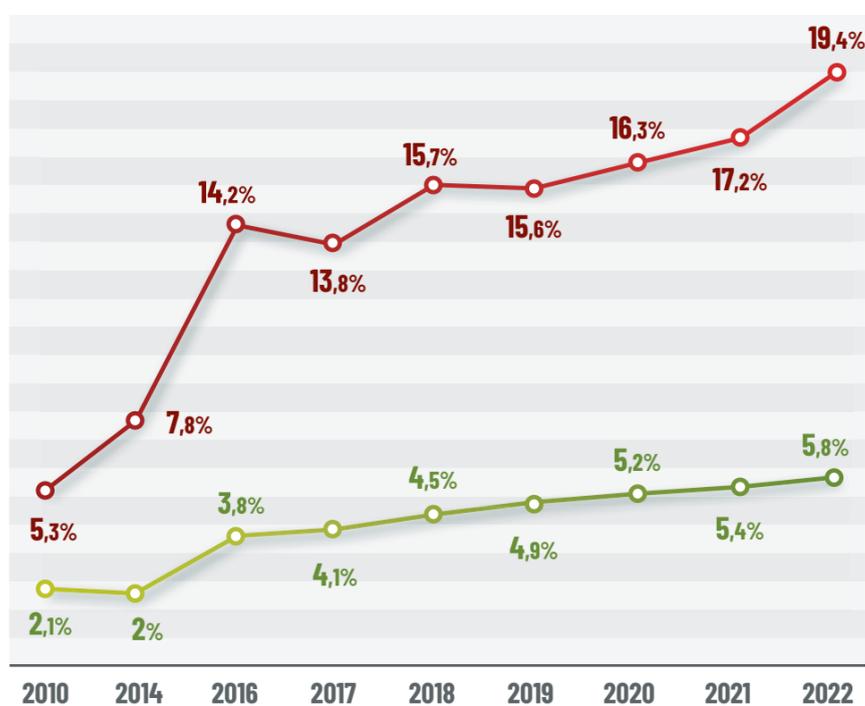
Hinterzimmer zurück. Am Ende einigte man sich abseits des Plenarsaals auf den Landeshaushalt – sehr zum Schaden des Ansehens des Thüringer Parlamentarismus. Es wird Zeit, dass dieser Politikstil 2024 ein Ende findet und die CDU entlarvt wird: Sie hat kein Interesse daran, Opposition zur Regierung zu sein, sondern ist Stütze einer linken Minderheitsregierung!

Wie die indirekte Koalition aus Linker und CDU dem Ansehen Thüringens schadet



Immer mehr nichtdeutsche Tatverdächtige!

Ausländeranteil in der Kriminalstatistik



■ Ausländeranteil an der Thüringer Bevölkerung ■ Nichtdeutsche Tatverdächtige Werte ohne ausländerrechtliche Verstöße

Jahrelange Masseneinwanderung hat Thüringen unsicherer gemacht. Dies haben die CDU und die Ramelow-Regierung zu verantworten. An manchen Orten häuft sich die Kriminalität derart, dass sie polizeilich als »gefährlicher Ort« eingestuft werden – etwa der Erfurter Anger. Auch die Asylbewerber-Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl ist berüchtigt für die Häufung von Straftaten. Dass hierbei immer öfter Nichtdeutsche verdächtigt werden, zeigt die offizielle Polizeiliche Kriminalstatistik jedes Jahr aufs Neue. Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger liegt dabei fast dreieinhalbmal höher als der Ausländeranteil in der Bevölkerung.

Diese Entwicklung betrifft nicht nur einige wenige Brennpunkte, sondern alle Regionen Thüringens. Im Eichsfeld etwa betrug 2022 der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger bei Straftaten 19,8 Prozent. Das ist fast fünfmal höher als der dortige Ausländeranteil von

vier Prozent. Da bei der rot-rot-grünen Landesregierung kein Informationswille erkennbar ist, hat die AfD-Fraktion entsprechende Zahlen zur Ausländerkriminalität auf ihrer Internetseite aufbereitet. Dort kann auf einer interaktiven Karte nachgesehen werden, wie es um die Ausländerkriminalität in den Städten und Landkreisen bestellt ist.

Die ganze Analyse findet sich im »Schwarzbuch Kriminalität«, welches jährlich von der AfD-Fraktion veröffentlicht wird. Seit Jahren wird damit die zunehmende Ausländerkriminalität dokumentiert. Das Problem ist also bekannt, doch den etablierten Parteien mangelt es an Handlungswillen und der Bereitschaft, das geltende Asylrecht zum Wohle der Thüringer durchzusetzen.

Mehr dazu finden Sie auf unserer Homepage: afd-thl.de/kriminalitaet



Gute Bildung statt Gendersprache

Mitte September hat der Bildungstrend zeigt: Thüringer Grundschüler können leider immer schlechter lesen, schreiben und rechnen. Das hat die Landesregierung zu verantworten. Denn sie scheitert daran, den Grundschulern wichtige Grundtechniken für ein erfolgreiches und selbstbestimmtes Leben mitzugeben. Auf politische Umerziehung legt sie hingegen viel Wert.

Dazu nutzt sie auch die sogenannte Gendersprache. Wortkonstrukte wie »Schüler*innen« oder »Lehrer:innen« gehören damit zum Schulalltag in Thüringen. Auf diese Weise soll den Kindern und Jugendlichen schon früh eingeflößt werden, dass es unzählige Geschlechter und sexuelle Orientierungen gebe. Das ist nicht nur in der Sache falsch, auch der Lernerfolg wird dadurch gefährdet. Denn in Gendersprache verfasste Texte sind gerade für Kinder und Jugendliche nur schwer lesbar und zum Teil unverständlich.

Damit Schüler Begeisterung für das Lesen, Schreiben und Lernen entwickeln, muss von der Verwendung von Lehrmitteln, die die Gendersprache nutzen, abgesehen werden. Das Regelwerk der deutschen Rechtschreibung muss gültig bleiben. Wenn junge Thüringer zu den Fachkräften der Zukunft ausgebildet werden sollen, können wir uns linke bildungspolitische Experimente nicht leisten. Die AfD-Fraktion hat deshalb einen Antrag gegen die Gendersprache in den Landtag eingebracht – eine hitzige Debatte ist da vorprogrammiert!



Lesen Sie das Thüringer Coronamaßnahmen-Unrechtsbereinigungsgesetz der AfD-Fraktion: afd-thl.de/unrecht

Endet großes Unrecht, folgt meist eine Aufarbeitung. Das war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs so, nach der Wende 1989 und auch nach der Apartheid in Südafrika.

Eine Ausnahme scheint allerdings für die Corona-Zeit zu gelten. Nachdem man das Corona-Virus im März 2020 als pandemisch eingestuft hatte, wurden von Bund und Ländern viele Maßnahmen beschlossen. Leider orientierte man sich dabei daran, wie die VR China der Verbreitung des Virus entgegenwirkte. Neben Schulschließungen, Reise-, Besuchs- und Berufsverbote, Eingriffen in die Gewerbefreiheit, Abstandsregeln und Maskentragpflichten wurde auch die Versammlungsfreiheit teilweise völlig suspendiert und der Bevölkerung wurden sogar Ausgangssperren

auferlegt. Schnell legte sich auch die etablierte Politik in Thüringen darauf fest, dass allein eine flächendeckende Impfung die Pandemie beenden könne. Dementsprechend wurden mit den sogenannten 2G-, 2G+ und 3G-Regelungen jene, die sich nicht impfen ließen, weitgehend von der Teilnahme am öffentlichen Leben ausgeschlossen und auch in ihrer privaten Lebensführung eingeschränkt.

Ungeachtet der sich rasch abzeichnenden begrenzten Wirksamkeit der neuartigen Impfstoffe, wurde die sogenannte einrichtungsbezogene Impfpflicht unter anderem für Beschäftigte des Gesundheitswesens umgesetzt. Die überdurchschnittlich häufigen und schweren Verdachtsfälle unerwünschter Nebenwirkungen wurden geleugnet und als Spinnerei abgetan. Wie jüngst

offengelegte Unterlagen aus den entsprechenden Vereinbarungen mit Pharmakonzernen erkennen lassen, erfolgte die Behauptung der Ungefährlichkeit der notzugelassenen Impfstoffe – selbst gegenüber dem Bundesverfassungsgericht – vorsätzlich wahrheitswidrig. Auch dank dieser Lügen konnten die massiven Grundrechtsverletzungen in Hunderttausenden Fällen durch Bußgeldvorschriften und strafrechtliche Normen erzwungen werden.



Folgen Sie uns auf Telegram!

Mittlerweile hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass

ein Großteil der Maßnahmen zu schweren gesundheitlichen Schäden, wirtschaftlichen Notlagen, aber auch zu Entwicklungsstörungen bei Schülern – PISA lässt grüßen – führte. Viele der Maßnahmen sind gerichtlich als unrechtmäßig eingestuft worden, wenn man sich dagegen rechtlich wehrte. Der »Freistaat«, der sich in einer völlig unverhältnismäßigen Politik des Ausnahmezustandes verlor, ist nun gefordert, die begangenen Fehler zu korrigieren.

Die AfD-Fraktion hat daher einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Personen entschädigen soll, die aufgrund der Thüringer Corona-Verordnungen Bußgelder zahlen mussten. Das kann natürlich nur ein erster Schritt sein – allerdings ist es eben einer, von dem ein klares Signal ausgeht: Es ist Zeit für Aufarbeitung!

Stefan Möller

Stefan Möller,
migrationspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion



Der Fraktions-Podcast

Genug vom Staatsfunk? Hier kommt



HORCH MA!

der Podcast aus dem Thüringer Landtag:
Ungefiltert | Unzensuriert | Unbequem

Die AfD-Fraktion liefert exklusive Einblicke in den alltäglichen Wahnsinn der Thüringer Politik.

Zu hören auf
afd-thl.de/podcast –
scannen Sie einfach den
QR-Code mit Ihrem Handy.

